

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

32 (7.2.1918)

# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

**Bezugspreis:** Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Zeitpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

**Ausgabe:** Freitag mittags. Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 1 u. 2-1/2 4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

**Anzeigen:** Die Spalt. Kolonellege od. deren Raum 20 Z., Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm. für größ. Aufträge, nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Kriegsnachrichten.

#### Deutscher Tagesbericht.

**W.W. Großes Hauptquartier, Amstich, 8. Febr. 1918.**  
**Westlicher Kriegsschauplatz.** In einzelnen Abschnitten der holländischen Front, in der Gegend von Armentières und am La Bassée Kanal war die Artillerietätigkeit am Nachmittag gesteigert. Bei Lens lebhafter Minerkampf. In der Scarpe und westlich von Cambrai nahm das Artilleriefener vielfach gegen Abend zu. — Erkundungsvorstöße des Feindes in den Argonnen und westlich von Avocourt wurden abgewiesen.

Gestern wurden 7 feindliche Flugzeuge und 1 Zerstörer abgeschossen. Leutnant Bongartz errang seinen 29. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
**Der 1. Generalquartiermeister:** Ludendorff.

#### Eufsbombardement von Calais.

**Berlin, 6. Febr. (Privatmeldung.)** Stadt und Hafen Calais wurden gestern in der neunten Abendstunde mit einer großen Anzahl Fliegerbomben belegt. „Progress“ bezeichnet den Sachschaden nach einer Meldung des „L.A.“ aus Genf als bedeutend.

#### Das neue Manövriereheer der Entente.

**Berlin, 6. Febr. (Privatmeldung.)** Die „Tribuna“ erwähnt einer Luganmeldung des „D. Z.“ zufolge das neue Manövriereheer der Entente, das sich dem Gegner überall wo nötig entgegenwerfen soll, sei bereits vorhanden; es gelte nur, es an einem bestimmten Punkte zu versammeln. Die jeweilige Verwendung dieses Manövriereheeres hänge vom Dörsten Kriegsrat zu Versailles ab, jedoch, für alles, was an der Einheitsfront vorgehe, künftig die ganze Entente solidarisch verantwortlich sein wird.

#### Nach Generalissimus?

**W.W. Bern, 5. Febr. (Nicht amtlich.)** Die französische Presse hebt bei Besprechung der internationalen Konferenz mit auffallendem Nachdruck die Tätigkeit des Generals Foch hervor, jedoch sich annehmen läßt, Foch sei der Oberleiter der künftigen Operationen. „Echo de Paris“ betont, das Wort Foch habe auf der Konferenz die höchste Würdigung gefunden. Die Alliierten marschieren jetzt unter einem einheitlichen Impuls.

#### General Leman in Paris.

**Genf, 5. Febr.** Poincaré empfing gestern den belgischen General Leman, der als Austauschgefangener aus der Schweiz entlassen ist; der Präsident der Republik überreichte ihm das Großkreuz der Ehrenlegion. Der General Leman hat es während seines Pariser Aufenthalts von Anfang an abgelehnt, den Vertretern der Presse seine Eindrücke aus Deutschland mitzuteilen. Er erklärte den französischen Journalisten ganz offen, er wolle nichts sagen weil er aus Erfahrung wisse, daß sie seine Worte doch entstellen würden.

(General Leman ist i. Zt. verwundet in deutsche Gefangenschaft geraten und wurde in deutschen Lazaretten ausgeheilt. Er hat sich verschiedentlich sehr lobend über die ihm in Deutschland widerfahrne Behandlung ausgesprochen. Wahrheitsgemäß weiß er, daß die Franzosen so etwas nicht vertragen können. D. Red.)

#### Kriegsopfer Unbeteiligter.

**W.W. London, 5. Febr. (Nicht amtlich.)** Bonar Law antwortete im Unterhaus auf eine Anfrage, es seien im Ganzen 14 120 am Kriege unbeteiligte Männer, Frauen und Kinder durch deutsche U-Boote und Flugzeuge getötet worden. Von den Deutschen wurden keine Berichte veröffentlicht über die Tötung von am Krieg Unbeteiligten infolge kriegerischer Handlungen der Alliierten.

**W.W. Bern, 5. Febr. (Nicht amtlich.)** Die Ueberreste des bei Biren abgeschossenen deutschen Flugzeuges wurden beim Transport durch Paris von einer wütenden Menge beinahe vollkommen zerstört. Erst nach dem Aufgebot einer großen Polizeibehörde konnten die Ueberreste nach dem Bestimmungsort abgeführt werden.

#### Wie England unsere Austauschgefangenen mißhandelt.

**Berlin, 6. Febr. (W.W. Nicht amtlich.)** Aus Mitteilungen der im November 1917 zur Internierung in der Schweiz von England nach Frankreich verbrachten deutschen Kriegsgefangenen wird ersichtlich, in welcher schamlosen Weise die Engländer auch noch bei diesem Liebeswerke sich gegen das Völkerrecht verhalten. Der Transport der schwerkranken Gefangenen, die sich teilweise nur an Krücken fortbewegen konnten, erfolgte auf einem Viehdampfer, aber nicht etwa in den Ställen, wofür mancher dieser Unglücklichen wohl noch dankbar gewesen wäre, sondern in einem vom Schmutz strotzenden Raume noch unter den Ställen im letzten Stockwerk des Schiffes, dort mußten sie in verpesteter Luft die Nacht wie Vieh zusammengepfercht auf Bänken zubringen, die nicht einmal Re-

nen hatten. Morgens erhielten sie Kaffee und mußten den ganzen Tag über hungern. Teller, Messer und Gabeln zu verabreichen, daran dachten die auf alle äußere Kultur so sehr bedachten Engländer nicht. Den Tee mußten sich die beklaugenswerten Gefangenen mit leeren Konservendbüchsen aus Werdetrippen schöpfen. Den Wersch tief unter der Wasserlinie durften auch die nicht verlassen, die von der Seeferantheit befallen waren. Sie reisten über 32 Stunden. Ueber 32 Stunden setzten die Engländer arme invalide Gefangene einem Transport unter diesen unwürdigen Verhältnissen aus. Daß bei einem Schiffbruch unter solchen Umständen nicht einer der Armen mit dem Leben davongekommen wäre, das machte dem unmenschlichen Feinde keinerlei Sorge. Weil wir derartige Rohheit und Niedertracht unseren Kriegern gegenüber nicht dulden, hat die deutsche Regierung bei der englischen sofort einen energischen Protest eingelegt.

#### Neue Versenkungen.

**Berlin, 6. Febr. (Amstich.)** Im Armentières fielen unsere U-Boote 5 Dampfer, 1 englischer Seeler und 1 englisches Fischerfahrzeug zum Opfer. Die Dampfer waren fast durchweg tiefbeladen. Einer von ihnen wurde auf dem Wege nach Cherbourg aus starker Fischdampferfischerung herausgeschossen. Er hatte offenbar Kriegsmaterial geladen.

#### Amerikanisches Flugelb.

**Amsterdam, 6. Febr.** Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ erfährt, betragen nach amtlichen Angaben am Ende des Jahres 1917 die von den Vereinigten Staaten gewährten Vorschüsse folgende Summen: An England 245 Millionen Pfund Sterling, an Frankreich 1 285 000 000 Sterling, an Italien 500 Millionen Pfund Sterling, an Rußland 325 Millionen Pfund Sterling, an Belgien 77 Millionen Pfund Sterling und an Serbien 4 Millionen Pfund Sterling.

#### Friedensbewegung der französischen Arbeiterschaft.

**Berlin, 6. Febr. (Privatmeldung.)** Am 3. Februar fand im Pariser Gewerkschaftsgebäude ein Kongress des Metallarbeiterverbandes statt. Tausend Delegierte, die über 180 000 französische Metallarbeiter vertreten, nahmen einer Generalversammlung der „Morgenpost“ zufolge einstimmig eine Entschlieung an, die gegen die innere und auswärtige Politik der Clemenceauschen Regierung protestiert und den sofortigen Friedensschluß auf der Grundlage der Ablehnung von Annexionen und Entschädigungen und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verlangt.

#### Internationale Konferenz.

**W.W. London, 6. Febr. (Nicht amtlich.)** Reuters. In kurzen wird eine Delegation der britischen Arbeiter nach Paris gehen, um, wenn möglich, vor dem Zusammentritt der allgemeinen internationalen Konferenz in London am 20. Febr. eine Uebereinkunft der englischen und französischen Arbeiter und Sozialisten herbeizuführen und eine internationale sozialistische Konferenz in der Schweiz vorzubereiten. Der Delegation werden wahrscheinlich angehören die Mitglieder des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses Thorne, Bowernann sowie Purdy und Arthur Henderson.

#### Die Lage im neuen Rußland.

##### Anarchie.

**Berlin, 4. Febr.** Die Auflösung der russischen Front seit Abschluß des Waffenstillstandes brachte reichliche Nachrichten aus dem Hinterlande nach Deutschland und Oesterreich. Besonders an der Nordfront waren die quer durch die deutsche Frontlinie aufgenommenen Beziehungen zahlreich. Flüchtlinge aus Wenden berichteten: „Die russischen Soldaten sind ins Innere abgezogen. Unter dem Terror der russischen Maximalisten haben besonders die deutschen Gewerkschafter viel zu leiden. Die Wehrkraft hat ihre Güter verlassen müssen und ist jetzt von allen Mitteln entblößt. Einzelne Gewerkschafter wurden getötet, viele verhaftet. Die Zustände in Wenden und auf dem Lande werden immer unerträglich. Die rote Garde stiehlt und raubt. Straßenraub ist häufig. Die letzten Lebensmittel werden nur selten Lebensmittel zum Verkauf in die Stadt, da sie befürchten, ausgeraubt zu werden. In den Häusern sind „Sausuchungen“ an der Tagesordnung, die gewöhnlich mit dem Raub alles Wertvollen enden. Auf Grund dieser Zustände werden die Balken schneidlich auf den Einmarsch der Deutschen. Aber auch alle bestehenden Letten, insbesondere die Gefindewirte, wünschen unter deutsche Herrschaft zu kommen, damit endlich wieder Ordnung und Sicherheit im Lande herrscht.“ Einige lettische Gemeinden beschloffen, Bittschriften an die deutsche Regierung zur Hilfe gegen die Maximalisten zu richten.“ Diese Aussagen werden durch Briefe von Deutschen wie Letten in überreichem Maße bestätigt. In einem Brief in lettischer Sprache heißt es: „Es ist kaum mehr möglich, zu leben. Alle Lebensmittel werden fortgenommen, jeden Tag kommen Leute vom Komitee und suchen in allen Ecken, ob sie nicht etwas finden. Alles nehmen sie für die „Landlosen“ und für die, die die ganze Zeit nicht gearbeitet haben, aber denen, die sich bis jetzt genau gehalten, wird alles mit Gewalt abgenommen. Dieses alles geschieht

am hellen Tage, es gibt auch solche, die es des Nachts treiben. Aus dem Zimmer darf man sich nicht wagen, wenn man sein Leben behalten will.“

**W.W. Stockholm, 5. Febr. (Nicht amtlich.)** In der Nacht zum 4. Februar ist die Hauptkapelle im Palais der Großfürstin Maria Paulowna geplündert und aller Kostbarkeiten beraubt worden. In der gleichen Nacht ist eine bewaffnete Bande von etwa 500 Menschen in verschiedenen Kaufhäusern des Wosnessenski-Bezirktes eingebrochen. Geplündert wurden 14 Juwelierläden, 17 kleine Geschäfte und 4 Apotheken. Der ganze Bezirk wurde von Militär mit Panzerautomobilen und Maschinengewehren umstellt. Die erbitterten Kämpfe dauerten die ganze Nacht, wobei 120 Personen getötet, sowie eine größere Anzahl verwundet wurden.

**Berlin, 5. Febr. (W.W. Nicht amtlich.)** Die „Zürcher Post“ meldet aus Paris: Die „Victoire“ meldet aus Petersburg: Nach einer zweitägigen leidenschaftlichen Aussprache hat das Petersburger Komitee der russischen Terroristen beschlossen, das Todesurteil gegen Trotsky und Angelika Blabanow zu bestätigen.

**W.W. Petersburg, 5. Febr. (Nicht amtlich.)** Pet. Tel.-Ag. Die Gehälter für Kultus und Geistlichkeit sind aufgehoben worden.

**W.W. Stockholm, 6. Febr. (Nicht amtlich.)** Svenska Telegram Byran. Der Marineminister hat dem Befehlshaber der nach Finnland entlassenen Schiffe befohlen, morgen mit ungefähr 200 heimkehrenden Schweden nach Stockholm in See zu gehen.

**Petersburg, 5. Febr. Pet. Tel.-Ag.** Beim Kriegskommissariat eingelaufene Nachrichten bestätigen, daß die Kämpfe zwischen untern Truppen und den Rumänen beendet sind und daß die Ruhe wieder hergestellt ist. Die nach Kischinew vorgerückten Rumänen wurden nach der rumänischen Grenze zurückgeworfen. Die 9. Schützendivision, deren Rückzug die Rumänen in der Gegend von Galatz aufzuhalten versuchten, indem sie sie unter dem Feuer schwerer Artillerie und der auf der Donau bei Dupa Daine (?) liegenden Monitore nahmen, umzingelte 2 rumänische Einheiten und zerstreute sie. Die genannte Division verlor in den Kämpfen mehrere hundert Mann an Toten und Verwundeten. Sie befindet sich gegenwärtig in Afernan. Das Kriegskommissariat ist der Meinung, daß der Sieg der maximalistischen Truppen über die Zentralrada dem Vorrücken der rumänischen Truppen in Westarabien ein Ende machen werde, da die ukrainische Regierung ihnen ihre Unterstützung geliehen habe.

**Sofia, 6. Febr.** Die Zeitung „Preporok“ schreibt: Die Bolschewiki in- und außerhalb Rußlands sind vollkommen isoliert. Der Vierbund wird weniger verlieren, wenn die Bolschewiki, die wenig an Frieden denken, abspringen. Es war ein guter Anfang, daß man nach Trotskys Widerstand gegen die Anerkennung der ukrainischen Delegation nicht nachgegeben hat. Die Bolschewiki benutzen Drest-Litowsk zur Verbreitung ihrer Ideen und zur Verlegung innerer Parteifreiheiten und die Bolschewiki stehen heute am Scheidewege. Es ist der Zweifel gestattet, ob die Bolschewiki berechtigt sind, Rußland zu vertreten, da sie nicht wie die Ukrainer auf rechtmäßigem Wege vom Volke berufen sind.

#### Die Zustände in Finnland.

**W.W. Kopenhagen, 6. Febr. (Nicht amtlich.)** „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Die finnische Geländschaft erhielt vorgestern abend die Mitteilung, daß die Lage in Lönne a sehr drohend sei. Die Rote Garde gehe aggressiv vor. Mehrere Eisenbahnwagen wurden in der letzten Nacht auf dem Bahnhof aufgebrochen und geplündert.

#### Brest-Litowsk.

**Brest-Litowsk, 7. Febr.** Unter der Ueberschrift „Die neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk“ schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ redaktionell: Mit Spannung, aber ruhiger Erwartung sieht das deutsche Volk auf den Wiederbeginn der Verhandlungen. Unsere Diplomaten haben bisher Herrn Trotsky äußerste Geduld und Entgegenkommen bewiesen, um den Russen Gelegenheit zu geben, durch einen Frieden der Versöhnung und Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen und der begleitende Chorus der russischen Forderungen zeigen nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen gewürdigt haben. Ein Gipfelpunkt der Entstellung ist es, wenn Trotsky jetzt nach Petersburg telegraphiert, daß die Deutschen die Verhandlungen verschleppten.

**Berlin, 7. Febr.** Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ nach der „Pravda“ berichtet, wird Trotsky in den nächsten Tagen vorübergehend wieder in Petersburg erwartet, um an den wichtigen Beratungen des Kongresses der Sowjets teilzunehmen.

**Petersburg, 6. Febr.** Seit 4 Tagen sind die direkten telegraphischen Verbindungen mit Brest-Litowsk unterbrochen und bisher ist keine amtliche Meldung über die Friedensverhandlungen veröffentlicht worden.

ne innigste  
Verluste  
ger  
eten Ruhe-  
anzspenden  
aus.  
Hindenlang  
sangverein  
esang und  
dem Ver-  
den Herren  
er Grossh.  
rlruhe für  
2478  
nen:  
Wtw.  
Eintritt ein  
2481  
fabrik  
Co.  
rstellen  
v.) für  
ehen  
entgegen  
mt 2194  
arlsruhe  
0.  
nell und Billa  
Volkshreunb  
arlsruhe.  
Kaiserlautern,  
rölsbücker von  
von Matthias  
e Beruf, Anton

Bereitstellung von Reichsmitteln für die Entschädigung infolge Kohlenmangel; feierlicher Arbeiter.

Infolge der Transportchwierigkeiten des Winters und aus anderen Ursachen ist eine Reihe von Betrieben durch unzureichende Kohlenlieferung vorübergehend zum Stillstand gekommen.

Es entstand nun die Frage, wer bei ungewollten Feierlichkeiten die Arbeiter zu entschädigen habe. Die Rechtslage war schon im Frieden oft streitig.

Das Reich beteiligt sich an der Entschädigung; deshalb ist ein Bundesratsbeschluss herbeigeführt worden, durch den Mittel bereitgestellt werden, aus welchen Zuschüsse für die Entschädigung der feiernden Arbeiter gewährt werden.

Die Entschädigung beträgt 70 Prozent des durchschnittlichen Arbeitslohnes. Sie wird für diejenigen Stunden gewährt, die die Arbeiter infolge der Arbeitseinstellung an der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit verlieren.

Selbstverständlich soll eine Entschädigung nicht gewährt werden, wenn geeignete andere Arbeit vorhanden ist.

Die entfallende Belastung wird vom Reich, den Arbeitgebern und den Arbeitern gemeinsam getragen.

Mit dieser Regelung haben sich bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat sowohl die Vertreter der Arbeitgeber als die Vertreter der Arbeiter einverstanden erklärt.

Gewerkschaftliches.

Gaggenau, 6. Febr. Die Verwaltungsstelle Karlsruhe des Metallarbeiter-Verbandes hat am Samstag, 2. und Sonntag, 3. Februar, in allen von Metallarbeitern bewohnten Orten des Mürgtals Metallarbeiter-Vereinigungen abgehalten.

In einigen Versammlungen knüpften sich an die Vorträge eine recht lebhaft Diskussion.

In allen Versammlungen herrschte ein guter zuberichtlicher Geist, sodass zu hoffen ist, dass diese Versammlungen dem Metallarbeiterverband wieder reiche Früchte bringen werden.

Ausland.

Bern, 6. Febr. (WZ. Nicht amtlich.) Yvoner Blätter melden aus Madrid: In Huélfra sind infolge des Lebensmittelmangels neue Unruhen ausgebrochen.

Span, 6. Febr. (WZ. Nicht amtlich.) Der Kriegsminister erklärte in der zweiten Kammer, dass eine Demobilisierung augenblicklich unmöglich sei.

London, 6. Febr. (WZ. Nicht amtlich.) Das Unterhaus lehnte mit 230 gegen 141 Stimmen die Kompromissvorläge des Oberhauses bezüglich der Verhältnismäßigkeit ab.

Deutsches Reich.

Eine „Lehre“ für die Sozialdemokratie.

Die „Kölnische Volkszeitung“, die seit den Tagen der Friedensnote des Papstes ihr amerikanisch-karlsruherisches Programm ein wenig verbilligt, ist seit den Streiktagen wieder ganz aus dem Häuschen geraten.

„Die Regierung und die anderen Parteien, mit denen die Sozialdemokratie bisher zusammenarbeitete, müssen jetzt stehen; den Herren um Scheidemann muß eine Lehre erteilt werden, die sie niemals vergessen und die von dauernder Wirkung ist.“

Es genügt, diese Offenbarung einer klerikalen Seele der Kenntnis weiterer Kreise zugänglich zu machen.

Eine neue Kartoffelprämie. In diesem Jahre erstreckt man einen möglichst großen Umfang des Anbaues von Kartoffeln.

Bern, 6. Febr. (WZ. Nicht amtlich.) Die nächste Sitzung des Reichstages findet am 19. Februar, namittags 3 Uhr, statt.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 21. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 6. Februar. Um 14.10 Uhr wird die Sitzung von Präsident Kopf eröffnet.

Theater und Musik.

Opertheater Karlsruhe.

Kritische Hofschau.

Die Audolphsche Neubearbeitung von Mozarts Singpiel „Die Gärtnerin aus Liebe“ hat auch bei ihrer ersten Wiederholung ein sehr gutes Haus gemacht.

Es geht sich, den durchaus vortrefflichen Solisten dieser, das Opertheater unbedingt ehrenden, Aufführung noch ein Wort des Dankes auszusprechen.

Nicht nur ihrem Wesen nach, sondern auch in ihrer Wiedergabe durch die Künstlerin ist diese Artie der Höhepunkt des an belächelten Feinheiten beinahe überreichen ersten Aktes.

Auch abseits von dem künstlerischen Gewinn, wie ihn diese heitere Mozartoper vermittelt, hat das Opertheater in den letzten Tagen für Unterhaltung gesorgt.

Ganz und gar kein Zufallserfolg dieser Art war die unangekündigte freundliche und freudige Aufnahme, die am Dienstag Robert Gröbjs Komödie „Dyckerpotts Erben“ fand.

Dresdener Hoftheater hat „Dyckerpotts Erben“ aus der Taufe gehoben und sich damit zu einem politischen Interkonfessionalismus in der Antipathie bekant.

„In „Dyckerpotts Erben“ ist es nicht etwa ein Kater, aber auch keine Verwachsung, noch weniger eine Ehrung, die die handelnden Personen in Trubel setzt.“

Die Struktur des Stückes, das in den Gedanken am Besten, im zweiten etwas flüchtig geraten ist, zeigt Gewandtheit.

Staatsminister v. Hobmann antwortete auf Grundlage einer von ihm bei der Militärbehörde eingeholten Mitteilung, daß über die Lösung der Kriegsgefangenen keine Bestimmungen vorliegen, aus denen hervorgeht, daß eine Nachzahlung der Lösung nicht stattfindet, daß aber in besonderen Fällen die Lösung der Kriegsgefangenen an ihre Angehörigen gewährt wird. Gesuche um solche Unterstellungen sind übrigens, wie von der Militärverwaltung besonders betont wird, nicht an das Generalkommando zu richten, sondern unmittelbar an das Oberkommando, dem der Kriegsgefangene oder Vermählte zuletzt angehört hat.

**Interpellation über die Lage der Tabakarbeiter.**

**Abg. Kahn (Soz.)**

Begründet die von seiner Fraktion gestellte Interpellation folgenden Wortlaut: „Mit der Regierung bekannt, daß mit dem 1. Februar ds. J. eine weitere Beschränkung des Tabakrohmaterials eintritt, wodurch eine große Anzahl Tabakarbeiter und Arbeiterinnen geschädigt resp. arbeitslos werden? Welche Maßnahmen denkt die Gr. Regierung zu treffen, um die beteiligte Arbeiterschaft vor einem Notstand zu bewahren? — In der Begründung wies der Redner darauf hin, in welcher schwerer Weise die Tabakarbeiter schon durch die bisherigen Beschränkungen für das Tabakgewerbe in ihrem Verdienst geschädigt worden seien und wie sie durch die neuesten Bestimmungen sehr hart getroffen werden. Die Unterstellungen sind unzureichend und müssen ganz anders behandelt werden. Bei Zuteilung von Arbeitsmöglichkeiten für die arbeitslosen Tabakarbeiter darf man nicht nach Schema F vorgehen; die älteren und schwächeren Tabakarbeiter sollte man, wenn sie sich für irgend eine Tätigkeit bei der Eisenbahnverwaltung oder bei einer sonstigen Staatsbehörde weihen, nicht unbedingt ablehnen. Man muß auch auf den Gesundheitszustand der Tabakarbeiter Rücksicht nehmen. Den arbeitslosen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen möge die Regierung in weitgehendem Maße entgegenkommen.“

Die zweite in der gleichen Angelegenheit von Mitgliedern der Zentrumsfraktion eingebrachte Interpellation hatte folgenden Wortlaut: „Mit der Gr. Regierung bekannt, daß laut einer Beschlusse der Arbeitsausschusses der Delegation vom 12. Januar 1918 eine weitere Einschränkung der Verarbeitungsmenge an Rohstoff ab 1. Februar d. J. eintritt, und was bewirkt die Gr. Regierung zu tun, um den dadurch in ihrer Verdienstmöglichkeit schwer geschädigten Tabakarbeiter ihre Hilfe anzuwenden zu lassen?“

Abg. Hartmann (Zentr.) beendete in der Begründung der Interpellation die Gesundheitsverhältnisse der Tabakarbeiter, die in so hohem Maße unter der Tuberkulose leiden. Das kommt daher, daß die Tabakarbeiter infolge der sehr niedrigen Löhne, die seit Jahren in der Tabakindustrie gezahlt werden, nicht in der Lage seien, sich gesunde, günstige Wohnungen zu schaffen und sich so zu ernähren, um ihren Körper gegen die Einwirkungen des Tabakes widerstandsfähig zu machen. Die jetzigen neuen Bestimmungen schaffen in den Kreisen der Tabakarbeiter Arbeitslosigkeit. Die Folge ist, daß die Tabakarbeiter sich noch schlechter als früher ernähren können, und daß dadurch der Verbreitung der Tuberkulose Vorschub geleistet wird. Wir möchten die Regierung bitten, alsbald dafür sorgen zu wollen, damit Maßnahmen, wie sie für die Textilarbeiter getroffen worden sind, auch für die Tabakarbeiter getroffen werden.

Staatsminister Herr. v. Hobmann beantwortete die beiden Interpellationen und führte aus, daß die badiische Regierung von den Schäden unterrichtet sei, die von den neuesten gesetzgeberischen Maßnahmen für das Tabakgewerbe zu erwarten sind. Das Ministerium des Innern habe deshalb am 2. Februar ds. J. einen Erlaß an die Bezirksämter erlassen, welcher diese anweist, für die Milderung der Mißstände zu sorgen, welche sich aus den Arbeitsbeschränkungen im Tabakgewerbe ergeben. Die Gemeinden sind schon im Frühjahr des vorigen Jahres angewiesen worden, aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege die Arbeitslosen zu unterstützen. Die Arbeitslosen dürfen allerdings nicht die Hände in den Schößen legen, auf der anderen Seite muß aber auch auf die persönlichen Verhältnisse der Arbeitslosen wie der Frauen mit Rücksicht genommen werden. Die Ausbreitung der Tuberkulose unter der Tabakarbeiterarbeit ist eine bedauerliche Tatsache. Sie soll bekämpft werden durch Innehaltung der Vorschriften in den Tabakfabriken, es wird ihr aber auch entgegengekommen durch die Herabsetzung der Tabakarbeiter. Die Bekämpfung der Tuberkulose wird übrigens eine unserer Hauptaufgaben nach dem Kriege sein. Die von dem Abg. Hartmann gewünschte Uebernahme der Unterstellungen durch das Reich kann ich nicht für gut finden. Die Regierung ist bemüht, zur Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter das ihrige zu tun; aber auch die Arbeitnehmer müssen sich dessen bewußt sein, daß heute Mißstände, wie sie im Frieden auf alle und schwächliche Leute genommen worden sind, nicht mehr in dem früheren Maße in Anwendung gebracht werden können. Gerade letzter nicht ohne Reue sein, das Handeln der Personen aus diesen absurden Situationen, selbst auf Kosten des Gesamttempo, entstehen zu lassen. Hier wurden, wie gesagt, nur Schwanntypen vorgeführt, die ihren so ungemessenen Aufschwung am so besser gerecht werden konnten, als sich vortreffliche Schwanzdarsteller, wie z. B. Herr Herz als Geride, unter den Darstellern befanden.

Jurid. zur Oper. Herr Ziegler gab im Rahmen einer feierlichen Aufführung des „Rigoletto“ die Titelrolle, nach Darstellung und Gesang in einer Abwandlung, die man schätzen muß. Derzeitiges wird zurzeit in der Oper doch etwas zu sehr auf gut Glück gearbeitet. So war auch der vorige Tag, der durch die Wiederhergabe des unergänzlich-lebensvollen „Zigeunerbaron“ den Übergang zum nächsten Leben unterminiert. Der die Aufführung zu seiner und unserer Lust trug, war Herr Kuegelbauer als Barinab, starkes Interesse fand auch die Saffi der Frau Herz, die in dieser Partie ein auf zwei Abende berechnetes Schrengspiel eröffnete. Die Künstlerin sang hier ein vor wenigen Tagen das nach der guten Rollen, und eine derartige Vielverwendbarkeit schadet immer der Stimme, die bei Frau Herz inzwischen zu dramatischer Kraft ausgereift ist, von dem großen Timore aber, das sie früher z. B. für Ricciotti besonders befähigte, doch Etwas eingebüßt hat. Trotzdem war ihre Saffi-anspruchslos. Für den Zupan war in Herrn Böhm (Mannheim) ein sehr gern begrüßter Ausfühler gewonnen worden, in dem einzigen wenigen Taktener Herr Gröninger durch einen gelungenen Aktus, der Herzensteins Chor einwirkte, noch fehlt. Anerkennenswert und sicher nicht zum Nachteil des Zustands ist es, daß man sich mit diesem materialbegabten jungen Sängler allmählich zu beschäftigen beginnt. Da steht zweifellos ein Sinn dahinter, als wenn Herr Dapper in einer Operenrolle nach der anderen dem Publikum seine Einkünfte vorzeigen muß. Der „Zigeunerbaron“ wurde als Pensionatsbenefiz gegeben und war — demgemäß? — nur schwach besetzt.

wie in der Landwirtschaft die alten Leute ihre letzten Kräfte hergeben müssen, so auch die arbeitslosen Tabakarbeiter, wenn ihnen eine Beschäftigung zugewiesen wird.

In der Besprechung der Interpellation wünscht Abg. Vechold (Soz.) durchgreifende Maßnahmen zur Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter. — Abg. Reubaus (Zentr.) weist darauf hin, daß sich bei derart großen Einschränkungen im Tabakgewerbe eine Notlage nicht vermeiden läßt. Als die schwachen Gemeinden die Unterstellungen aufbringen. Ist fraglich, ob sie aber werden die Fabrikanten bereit sein, die Tabakarbeiter zu unterstützen. Ich gehe gerne zu, daß die Beschäftigung in der Zigarrenindustrie eine geringere ist. Den Herrn Minister möchte ich bitten, eine Zentralstelle in Verbindung mit der organisierten Industrie zu schaffen und durch sie die Mittel aufzubringen, damit die Arbeiter nicht in Not kommen.

Staatsminister v. Hobmann begrüßt die Ausführungen des Vorredners und die von diesem namens der Zigarrenindustrie erklärte Bereitwilligkeit, zur Unterstützung der Arbeiter mitzuhelfen.

Abg. Ritter (natl.) betont in besonderen die Notlage unter der Tabakarbeiterarbeit, die von jeher einen harten Lebenskampf zu führen geübt habe die eine Unterstützung in der für sie jetzt doppelt schweren Zeit dringend benötige. — Abg. Reinhardt (Zentr.) äußert seine Freude über das von dem Herrn Minister geäußerte Wohlwollende Entgegenkommen. — Abg. Geel (Unabh. Soz.): Die Organisation der Tabakarbeiterarbeit ist noch sehr im Anfang und die Arbeiter tragen somit selbst einen Teil der Schuld an ihrer ungünstigen Lage. Das Gewerbeaufsichtsamt sollte auch während des Krieges seine ganze Aufmerksamkeit den hygienischen Einrichtungen in den Fabriken schenken.

Abg. Welser (Zentr.) wünscht, daß alles getan werde, um die Lage der Tabakarbeiter zu verbessern. — Damit ist die Besprechung geschlossen. — Das Schlusswort erhielt zunächst Abg. Kahn (Soz.), der die Erklärungen des Herrn Ministers als recht zurückhaltend bezeichnete, die wohl zu weiteren Klagen Anlaß geben werden. Eine zentrale Regelung der Verhältnisse der Tabakarbeiter ist zu begrüßen. — Das 2. Schlusswort erhielt Abg. Hartmann (Zentr.), der die Ausführungen des Herrn Ministers begrüßt und eine baldige Einführung seiner Zusage erwartet.

Die Beratung über den Voranschlag des Finanzministeriums wird darauf bei dem Titel „Zoll- und Steuerverwaltung“ fortgesetzt. Abg. Seibert (Zentr.) begrüßt seinen getrennt schon mitgeteilten Antrag über das Brennen der Kohlkartoffeln vor ihrer Verfüttung. Es handle sich nur um kleine Quantitäten, welche die Landwirte für ihren eigenen Gebrauch benötigen. Der Redner hat das Haus, dem Antrag zugestimmt. Im folgenden ersuchte der Redner, die vor einiger Zeit vorgenommene Verfüttung der Aufwandsentschädigung für die Steueranfänger wieder rückgängig machen zu wollen.

Abg. Ringwald (natl.) bezieht sich auf einige Verfügungen über den kleinen Grenzverkehr und bittet das Finanzministerium, einige besondere Härten, so die Ausnahme eines bestimmten Geldbetrags, mildern zu wollen. — Abg. Beneden (Z. V.) betont, daß die badiische Einwohnerzahl an der Schweizer Grenze nun einmal auf die Schweiz angewiesen ist und daß man ihren Grenzverkehr nicht unnötig erschweren sollte. Da Konstanz kein Unterland hat, ist die Konstanzer Bevölkerung in ganz besonderem Maße auf die Schweiz angewiesen. Auch möchte ich befürworten, daß die Steuerzulagen steuerfrei bleiben. — Abg. Welser (Zentr.) äußert Bedenken gegen das jetzige Maßverfahren. — Abg. Helm (natl.) empfiehlt die weitere Verbreitung des bargeldlosen Verkehrs und die Eröffnung eines Girokontos bei den Sparkassen für die staatlichen Stellen. — Abg. Morgenstern (Zentr.) unterstützt den Antrag Seibert über das Brennen der Kohlkartoffeln, desgleichen Abg. Engelhardt (Zentr.).

Abg. Koch (natl.) äußert sich zu den Steuerhinterziehungen. Vollkommen unerlässlich wäre es, wenn es sich bewährte, daß in den Strafverfahren wegen Steuerhinterziehungen die Steuerkommissäre nicht gehört werden. An dem Personal der Steuerkommissäre darf nicht gespart werden. Das wäre vollkommen verfehlt. Daß die Steuerkommissäre mit Arbeit überlastet sind, geht daraus hervor, daß Steuerkommissäre infolge Ueberarbeitung zusammengebrochen sind. Die Verhältnisse in den Steuerämtern sind zu bedauerlich und völlig unzureichend; ich muß die Regierung dringend bitten, hier endlich Verbesserung einzuführen. Von der Papierrolle scheinen einige amtliche Stellen keine Kenntnis zu erhalten. Es sind in der letzten Zeit einige Verfügungen herausgegeben, die eine Unmenge Papier beanspruchen. Es fragt sich doch, ob das in diesem Umfang nötig war.

Abg. Denwald (Z. V.) wendet sich gegen die irrtümliche Anschauung, als ob Gold von der Reichsbank der Forstheimer Industrie zur Verfügung gestellt worden sei. Das ist nicht geschehen. Auch nicht ein goldenes Zwanzigmarkstück ist in die Forstheimer Industrie gewandert. Ohne Welthandel werden wir später nicht auskommen; darin muß ich den früheren Ausführungen des Abg. Dietrich widersprechen. Der Weltmarkt wird für unsere Wirtschaft und für unsere Finanzen eine Lebensnotwendigkeit werden.

Abg. Red (natl.): Die Frage der Holzgewinnung auf dem Lande ist noch nicht geklärt. Eine Auskunft von Regierungsseite wäre sehr erwünscht. Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Köchel (Zentr.) weist Abg. Wittenmann (Zentr.) darauf hin, daß das jetzige Maßverfahren zu große Härten und Schattenseiten zeige. Die Dienstwohnungen kosten bei öfterem Wechsel der Beamten und bei der Erfüllung der jeweiligen Wünsche des neuaufgestellten Beamten erhebliche Gelder. Die Beamten werden von bekommen müssen. Die Witwen- und Pensionierung ist unsozial und reformbedürftig. Die Unterstützung wird bei in der Ausbildung begriffenen Kindern die zum 20. Lebensjahr gehen müssen. Wir werden für die 18 Millionen Steuerzulagen Stellung nehmen müssen. Die Luftverkehrssteuer sollte sich der Staat doch nicht entgehen lassen und sie keineswegs ruhig den Städten überlassen. Auch aus dem Vertriebswesen könnte der Staat eine ergiebige Steuerquelle machen, zumal viel Vertriebswaren der Kriegslage sehr recht auswirken. In Freiburg herrscht z. B. jetzt große Erregung, weil diejenigen Gesellschaften, die gegen Flieger-schäden versichern, ihre Sätze ganz außerordentlich steigern. Es müßte auch zu erwägen, ob man nicht die Kinostills als Staatsmonopol beschließen wolle; die Auswüchse im Kinowesen stehen sich dann auch vermeiden. — Abg. Seibert (natl.) begrüßt die in Aussicht gestellten Verbesserungen im Bad Rappenau. Die Seilbahn wird dadurch viel leistungsfähiger werden. Hand in Hand damit muß aber auch eine Verbesserung der Zugverbindung nach Rappenau gehen. — Nach kurzen Ausführungen der Abg. Reinhardt (Zentr.) und Rauschbach (N. Vgg.) wird die Debatte geschlossen.

Finanzminister Dr. Reinhardt: Zu den einzelnen Punkten in der Debatte werde ich mich im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit erst morgen äußern. Ich will nur eine kurze Erklärung zu dem

Antrag der Abgg. Seibert und Gen. über das Brennen der Kohlkartoffeln geben. Formell ist das Finanzministerium zuständig, es wird sich aber nach der Auffassung des Ministeriums des Innern richten, weil es sich um eine Ernährungsfrage handelt. Das Ministerium des Innern hat sich nun dahin geäußert, daß die Genehmigung zum Brennen der Kohlkartoffeln nicht erteilt werden soll, weil es immer noch zweifelhaft ist, ob wir mit den Kohlkartoffeln ausreichen und ob es nicht nötig sein wird, auf die Kohlkartoffeln zum Strecken der Kartoffeln zu greifen. Sollte der Antrag Seibert die Zustimmung des Hauses finden, so würde das Finanzministerium sich nochmals in dieser Sache mit dem Ministerium des Innern ins Benehmen setzen. Ich möchte übrigens darauf hinweisen, daß der Wunsch nach einem Verbot des Brennens der Kohlkartoffeln gerade aus der Mitte des Hauses im Frühjahr 1917 gekommen ist.

Am 11 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Beratung der Anträge über die Gehühren der Gemeindebeamten, über die körperliche Untersuchung der Kriegsdiensttauglichen, Kleidung der Gefangenen, und über die Zusammenlegung der Kommunalverbände, sowie Beratung des Gesetzentwurfes über die Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches.

**Aus der Zentrumsfraktion.**

Nachdem Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rehner am 1. Februar sein neues Amt angetreten hat, ist sein Reichstagsmandat erloschen. Wie der „Zauberbolle“ berichtet, wird bei der bevorstehenden Ersatzwahl am 14. badiischen Reichstagswahlkreis, den Dr. Rehner seit dem Jahre 1898 vertrat, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rehner wieder kandidieren.

Die Zentrumsfraktion der Zweiten Kammer hat an Stelle des zum Präsidenten gewählten Abg. Kopf den Abg. Reubaus-Schwesingen ermächtigt zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Abg. Reubaus ist seit 1901 Landtagsabgeordneter und seit 1913 Reichstagsabgeordneter.

**Die Erste Kammer**

wird sich in einer auf Freitag, den 8. Februar, anberaumten Sitzung mit der Erhöhung der Kriegszulagen und Teuerungsbeträgen der Beamten, Lehrer und Arbeiter beschäftigen und mit der Beratung des Staatsvoranschlags beginnen.

**Aus der Budgetkommission der Zweiten Kammer.**

In der gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung der Budgetkommission wurde zunächst der Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei betr. die gesetzliche Bindung der Eisenbahnreise behandelt. Die Regierung hatte zu dem Antrag eine längere schriftliche Erklärung abgegeben, in welcher sie ihre schon auf früheren Landtagen gegen den Antrag geäußerten Bedenken wiederholte. Ander Einweis auf die Regelung in Preußen und Bayern erklärte sich die Regierung zu einem Entgegenkommen bereit. Von national-liberaler Seite und vom Zentrum wurde dem Antrag seine praktische Bedeutung beigelegt. Ein sozialdemokratischer Redner verteidigte den Antrag. Die Kommission nahm dann gegen eine Stimme als Ersatz für den Antrag Muser einen Antrag des Abg. Hummel (Z. V.) an, der folgenden Wortlaut hat: „Die Gr. Regierung wird ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Höchstätze der jeweils geltenden Personen- und Gütertarife der Zustimmung der Stände unterworfen werden.“

Die Budgetkommission trat dann in die Beratung des Getreibebedudgets ein. Auf Anfrage erklärte der Minister des Innern, daß die Organisation der Arbeitsnachweise über das ganze Reich erwogen werde. Von Reichswegen sei allerdings darüber noch keine Mitteilung gemacht worden. Ein Mitglied der Kommission führte lebhaftige Klagen wegen der Langsamkeit der Uebertragung der Maßkontingente an die Brauereien. Er schlägt vor, diese dem Finanzministerium zu übertragen. Der Minister sagte Prüfung der Frage zu. Für die zum Militärdienst einberufenen Bechlinge sollen nach dem Kriege besondere Fortbildungskurse eingerichtet werden. Von einer Seite wird eine bessere praktische Ausbildung der Sanbarbeitslehrerinnen befürwortet. Das Getreibebudget wird genehmigt.

**Die Meldepflicht zum Wohnungsnachweis.**

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer stand der Gesetzentwurf über die Meldepflicht zum Wohnungsnachweis zur Beratung. Die Gr. Regierung schlägt vor, dem Polizeistrafgesetzbuch einen § 117 einzufügen, der bestimmt, daß in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, in welchen ein unentgeltlicher Wohnungsnachweis eingerichtet ist, die Meldepflicht für zu vermietende oder nicht mehr zu vermietende Wohnungen zu erfolgen hat. Die Anmeldung gilt nur für Wohnungen, die außer der Küche nicht mehr als vier Wohnräume enthalten. Der Gesetzentwurf wird von der Kommission nach Streichung der Einwohnerzahl angenommen. Seine Ausdehnung fällt somit auf alle Gemeinden.

**Baden.**

**Durlach, 6. Febr.** Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet wurde Joseph Braun von hier; es ist dies bereits der dritte Sohn des Pfälzerermeisters Joseph Braun von hier, der diese Auszeichnung erhielt.

**h. Ettlingen, 6. Febr.** Heute wurde die Ehefrau des Bahnhöchsteten Karl Benz beittatet. Die Todesursache dürfte allen Frauen eine Warnung sein. Die rüstige schaffensfrohe Frau hatte das zum Mittagessen bestimmte Sauerkraut im Keller geholt. Bei dieser Arbeit zog sie sich plötzlich eine Erkältung zu, die eine Herzlähmung mit Herzschlag zur Folge hatte. Obgleich der Arzt sofort gleich gerufen wurde, konnte derselbe nur noch den Tod der sonst ganz gesunden Frau feststellen. Also: Vorsicht bei derartigen Arbeiten.

**f. Gaggenau, 7. Febr.** Die schlechte Bahnverbindung stört unsere Murgtalorte empfindlich. Es ist schließlich unmöglich geworden, sich ohne große Opfer an Zeit und Geld irgendeiner künstlerische Darbietungen in Rastatt oder Karlsruhe zu verschaffen. So wird in Rastatt zur Zeit eine Nachahmung der Oberammergauer Passionsspiele, und wurden vor kurzem Darstellungen des Heimatfronttheaters gegeben. Mancher hätte sich diese Schauspielere gerne angesehen, aber die schlechten Zugverbindungen stehen es nicht zu. Um so mehr dürfte es zu begrüßen sein, daß sich nun eine Reihe mimisch veranlagte Kräfte unter talentvoller und sachkundiger Leitung vereinigt haben, um auch unserm Ort und seiner Umgebung in den Zeiten der langen Wende etwas zu bieten. Voraussichtlich werden zunächst zwei Stüde gegeben. Das weitere wird demnach an einem Samstag Abend über die Bretter gehen und wohl nicht nur eine große Anziehungskraft ausüben, sondern auch der Beweis der ernsthaften Leistungsfähigkeit der Darsteller erbringen.

**Karlsruhe, 7. Febr.** Wie der Polizeibericht meldet, ist der seit 1 1/2 Monaten fahnenflüchtige Mustrierer Karl Leick aus Offenburg festgenommen worden. Er hatte sich die ganze Zeit hier herumgetrieben und bei einer Familie Unterkunft gesucht. Schon im Jahre 1917 war er einmal fahnenflüchtig geworden. Er hat eine große Neige schwerer Diebstähle auf dem Gewissen. Frau und Tochter derjenigen Familie, die ihm Unterkunft gewährte, wurden wegen Gehebers festgenommen. Man fand bei ihnen ein großes Diebeslager.

**Wiesloch, 6. Febr.** Hier sind drei Schüler verhaftet worden, die in der letzten Zeit fortgesetzt aus Wagen der Nebenbahn Extrapakete gestohlen und den Inhalt für sich behalten hatten.

**Mannheim, 6. Febr.** Im Elektrizitätswerk Ludwigshafen wollten zwei 14 bis 15jährige Burschen im Freien übernachten und wählten dazu einen Schlackenhaufen aus. Durch die entweichenden Kohlen gas fand der eine der Burschen den Erstickenstod. Die Stadt Ludwigshafen, die jüngste Stadt am Rhein, kann in diesem Jahre auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Die Stadt Ludwigshafen hat sich außerordentlich schnell entwickelt. Ihre Einwohnerzahl hat in den letzten Jahren die hunderttausend überschritten.

**Billingen, 6. Febr.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurden letzte Tage zwei aus dem württembergischen über Remmendingen gekommene für Emmendingen bestimmte große Käse beschlagnahmt, in denen sich ein halbes Schwein, ein zerlegtes Kalb und mehrere Pfund Butter befanden.

**Lebenau, 7. Febr.** Die Schaffnerin Auch von hier stürzte auf der Nebenbahn beim Uebersteigen von einem Wagen auf den anderen ab und geriet unter den Zug, wobei ihr ein Fuß abgefahren wurde.

**Aus der Stadt.**

\* Karlsruhe, 7. Februar.

**Unsere „Viehwirtschaft“.**

Seit einiger Zeit hört man da und dort, daß wieder einmal der Milchpreis an der Reihe sei, selbstredend die Erhöhung desselben. Man braucht das nicht besonders zu sagen. Man hörte auch, daß die Regierung es ablehnte, auf die bezüglichen Wünsche der Produzenten einzugehen. Am Montag, den 4. Februar fand nun im Restaurant Ziegler die Generalversammlung der Milchproduzenten-Genossenschaft Karlsruhe und Umgebung statt, die sich mit dem Milchabfall bzw. dem Milchpreis beschäftigte. Generalsekretär Schnepp erstattete einen längeren Bericht über die gegenwärtige Lage der Milchproduktion, Milchpreise und über die Regelung des Milchhandels auf Grund der neuen Verordnungen. Nach einer

ausgesprochenen Ansprache einigte sich die Versammlung nach Kenntnisnahme der Gründe, die das Ministerium des Innern zur Verhinderung der bisherigen Milchpreise bestimmt hatte, dahin, daß die Milchproduzenten-Genossenschaft vorläufig von einer Forderung auf Erhöhung der Milchpreise unter Wärdigung der vorgebrachten Gründe Abstand nehmen würde. Sie stellt aber fest, daß der jetzige Milchpreis in keinem Verhältnis zu den Futterkosten, Nutzwiehpreisen, Arbeitslöhnen und auch nicht im Verhältnis zum Nährwert zu bringen ist. Diejenigen Landwirte, die heute schon viel los wirtschaften, sind hinsichtlich der Einnahmen besser gestellt als die Milchproduzenten. Die Milchproduzentenvereinigung befürchtet, daß das Mißverhältnis, das zwischen den Futterkosten und dem Milchpreis besteht, einen ungünstigen Einfluß auf die Milchviehhaltung und damit auf die Milchversorgung während und nach dem Kriege ausübt. Sie legt deshalb Wert darauf, daß, sobald die Verhältnisse geeignet sind, die Regierung erucht wird, den Milchpreis im Verhältnis zu den Futterkosten anzusetzen.

Die Behauptung, daß diejenigen Landwirte, die sich auf andere Produkte verlegen, mehr verdienen als mit der Viehwirtschaft, dürfte nicht widerprochen werden können. Die Preise für die übrigen landwirtschaftlichen Produkte sind eben alle ja und besonders zu hoch; Kartoffeln, Getreide, Heu, Rüben, Cellofan usw. Es ist klar, daß bei den jetzigen Preisverhältnissen auch der Milchpreis ständig mit in die Höhe gezogen wird. Wenn man gerecht sein will, muß man sagen, daß die Gebrauchsgegenstände, welche die Landwirte einkaufen müssen, in viel höherem Maße verteuert sind, viel höher noch wie die Lebensmittel. Nicht mit Unrecht beruft sich der Landwirt darauf, daß z. B. für Kleider und Stiefel Bucherpreise verlangt werden, gegen die seine Preise noch die reinen Waisenkinder sind. Wir haben auf die aus dieser „Viehwirtschaft“ sich unweigerlich ergebenden Mißstände schon mehr als einmal hingewiesen. Man greift wohl hier und dort einmal ein bißchen ein, wenn die Sache gar zu toll wird. Aber im Großen Ganzen läßt man die Kriegsgewinnler gewähren. Es konnte nicht ausbleiben, daß ein Teil den andern treibt. Wenn nicht bald grundlegende Remedur geschaffen wird, werden wir unhaltbare Zustände bekommen. Wers nicht glaubt, mag es abwarten.

\* **Flieger-Warnzeichen.** Künftighin werden bei drohender Fliegergefahr nunmehr während der ganzen Nacht die gleichen Warnungszeichen (mit Sirenen und Signalbomben) wie am Tage abgegeben.

**Arbeiter-Jugend.** Heute abend Zusammenkunft in der „Gambriushalle“.

**Sammlung von Strohrsägemitteln.** Man schreibt uns: Von der hiesigen Jugend wird auf die Bedeutung der Sammlung von Strohrsägemitteln zur Füllung von Strohsäcken hingewiesen. Da die Sammelwagen jetzt in den einzelnen Stadtteilen fahren, glauben wir die Einwohnerschaft auch hiermit nochmals darauf hinweisen zu müssen, welche Bedeutung die Ablieferung der bezeichneten Materialien hat und wie durch recht reichliche Ablieferung unserer Feldarbeiten eine große Erleichterung geschaffen werden kann. Bei der schwierigen Fuhrwerksbeschaffung wird nochmals gebeten, die abliefernden Stoffe rechtzeitig bereit zu stellen, damit sich die Sammelstätigkeit möglichst rasch abwickeln kann und die Gespanne für andere Zwecke wieder frei werden.

**Fußball-Wettspiele.** Die am vergangenen Sonntag stattgefundenen Fußball-Wettspiele ergaben folgende Resultate: Pflanz unterliegt im Kreismeisterlichkeitswettbewerb gegen Union Stuttgart knapp mit 0 zu 1 Tor. V. F. V. Karlsruhe gewinnt gegen Borussia Karlsruhe nach lebhaftem Spiel mit 4 zu 0 Toren. Mühlburg schlägt Südbörsen Karlsruhe mit 5 zu 1 Tor und Germania Durlach siegt über Beierheim mit 2 zu 1 Tor.

**Neues vom Tage.**

Schuster Voigt als Kläger.

Der „S. B. am Mittag“ zufolge strengte der Schuster Wilhelm Voigt, jetzt Privatier in Ludwigsburg, der als „Hauptmann von Köpenick“ berühmt geworden ist, beim Landgericht I in Berlin Klage gegen Frau Gertrud Wertheim an, weil diese die ihm jenseitig ausgeleihte Rente von 100 Mark monatlich seit dem Tode ihres Mannes Wolff Wertheim schuldig gelassen ist.

**Briefkasten der Redaktion.**

Frau S., Säckingen. Ihre Vermutung trifft nicht zu. Der abgeleitete Teil betraf eine andere Sache. Der obere Teil wurde von uns abgetrennt.

**Vereinsanzeiger.**

Mörsch. (Sozialdem. Verein.) Auf nächsten Sonntag nachmittags 3 Uhr laden wir sämtliche Wahlvereinsmitglieder und Parteifreunde zu einer Besprechung im „Löwen“ ein. 9406 Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Adel; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Wuch Sie** bitten wir, etwas bereit zu halten für die **Papiersammlung in Altstadt** am Donnerstag und Freitag. Sammler tragen abgestempelttes Rotes Kreuz-Zeichen.

**Bekanntmachung.**  
Der Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Karlsruhe für 1918 liegt gemäß § 20 der Städteveranschlagungsanweisung zur Einsicht aller Beteiligten vom 8. ds. Mts. an 8 Tage lang in der Registratur Rathaus 11, Stod Zimmer Nr. 60 nördlicher Seiteneingang offen.  
Karlsruhe, den 6. Februar 1918. 2494  
Der Stadtrat.

**Verkauf von Äpfeln betr.**  
Wir geben bekannt, daß weitere Bestellungen auf Äpfel nicht mehr angenommen werden können, weil über die auszugebende Menge bereits verfügt ist.  
Karlsruhe, den 5. Februar 1918. 2487  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Brennholz-Verkauf.**  
Wir haben auf unserem Lagerplatz, Ecke Geranien- und Goethestraße, kurz gesägtes Brennholz zu verkaufen.  
**Brucks & Hörner**  
Büro: Kaiserallee 97. 2444  
Eine gebrauchte, jedoch gut erhaltene **starke Winde** zu kaufen gesucht. 2486  
**Badische Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co.**

Für unsere Marmeladefabrik suchen wir zum sofortigen Eintritt **jüngere Burschen** und **Mädchen.**  
Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.  
**Gesellschaft Sinner**  
in Karlsruhe-Grünwinkel.  
2129

**Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.**  
**Medizinische Bäder.**  
Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).  
Mutterlauge u. Schwefel (Thiopol)-Bäder.  
Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm.  
Samstags bis 9 1/2 Uhr. Sonntags geschlossen.  
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2133

**Gebrüder Scharff**  
Wir empfehlen:  
**Schrubber** Stück M 3.—  
**Straßenbelen** Stück M 3.80  
**Festes Parkettwachs** Tafel M 1.—  
**Schuhfett** 1/2 Pfd.-Dose 75 S, 1/4 Pfd.-Dose 45 S.  
2499

**100 starke Rührenhocker**  
(Leine Fabrikware), ferner Stühle, Tische, Betten, Schränke, Kommoden, Spiegel, antike Wand- und Standuhr und anderes bietet billigst zum Kaufe an 2498  
**J. Rabold, Schützenstr. 52**  
**Nächste Ziehung**  
ist die 11. Klasse Preuß.-südd. Staatslotterie 12. u. 13. Februar, wozu noch kauflose erhältlich:  
1/2 1/4 1/2 1/4 Teil  
10.— 20.— 40.— 80.— M.  
Scheine, die veräußert, die 1. Klasse zu spielen, habe ich die Nummern heute noch zurückgehalten und stelle sie zur Verfügung. 2498  
**Ludwig Göb**  
Großh. bad. Lotterieverkäufer.  
Fehelstraße 11, b. Rathaus.

**Junge Mädchen**  
im Alter von 14 Jahren finden auf Oftern oder früher Beschäftigung bei **F. Wolff & Sohn**  
G. m. b. H. 2414  
Durlacher Allee 31/33.  
**Im Räumungsverkauf**  
Stühle 4.50, Tische 9.50, 2 kompl. Betten mit Federbetten à 120.—, Bettstellen mit Holz u. Matratze, 2 halbfrenz. Bettstellen mit Holz, tobello, 1 Uhr, 1 Gaslüfter.  
Authentisch, Klappische, Betröst 25 M., Fliegenkrank 15 M., Kautschuk mit Einrichtung 35 M., Vertikal, Wasserbad, Sitzbade- wanne usw. 2497  
**Krämers Laden**  
Kaiserstr. 69, Ecke Badhornstr.

**fette Ziegen u. Böcke**  
sowie 2495  
**trächtige und Milchziegen** verkauft  
**Federle**  
Essenweinstraße 34.

**Besucht ein tüchtiger Zimmermann**  
zum sofortigen Eintritt. 2485  
**Badische Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co.**

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Cheaufgäbe. Otto Rastetter von Karlsruhe-Daglanden, Forstrikarbeiter in Karlsruhe-Daglanden, mit Franziska Bielsiedel, Witwe, geb. Löfner, von Oberweier. Dr. Schwarzschild von Baden- burg, Großh. Notar hier, mit Elise König, Witwe, geb. Wolf, von Heidelberg.  
Eheschließungen. Karl Runge von Ettlingen, Maler hier, mit Rosa Auer von Bizenhausen. Karl Eßig von Karlsruhe-Beierheim, Former hier, mit Anna Braun von Karlsruhe-Beierheim.  
Geburten. Adolf Heinrich Emil, V. Adolf Niefer, Eisenreher. Oskar Eugen, V. Otto Göb, Fabrikarbeiter. Elisabeth Hildegard, V. Adolf Schneider, Schlosser; Anita Irma, V. Theodor Kuppinger, Badmeister. Mathilde, V. Johann Schülke, Schneider. Rother Heinrich, V. Gustav Jährl, Feldwebel. Kurt Wilhelm, V. Heinrich Oskar Lehner, Monteur. Hermann Franz Karl, V. Karl Dürl, Oberrevijor. Richard Hugo, V. Oerson Rudolf Schmitt, Kaufmann. Kurt Hermann, V. Kurt Simon, Ledmiller. Todesfälle. Heinrich, 5 J. alt, V. Heinrich Brenneisen, Tagelöhner. Josef Artmann, Kochmader, ledig, 19 J. alt. Wilhelm Jung, Schlossmeister, Chemann, 75 J. alt. Johann Feis, Bäcker, ledig, 42 J. alt.

Bezugspreis 1.10 M. 1/2 Post 1.24  
Groß-...  
am Nach-...  
von 3 A-...  
brachten...  
illerte wo...  
von Ca u...  
Gham p...  
itätigkeit...  
durchgefü...  
Bisef...  
sch 5 fe...  
Bon  
...  
11. Janu...  
Berlin  
telmer:  
Feinden  
nach Trau...  
jenken C...  
1 Landb...  
wurde un...  
daher im...  
italienis...  
Opfer, u...  
Korflad...  
In de...  
nes U-B...  
mann be...  
Ber...  
der habe...  
mal plann...  
Angriff u...  
französis...  
damit erd...  
Bierelaf...  
die Bomb...  
rationege...  
Luftangr...  
würde. B...  
Weih n...  
se S...  
mars die...  
ruhe, J...  
reich ist...  
die Tat...  
sollten wi...  
Hiegefor...  
ne u t die...  
fange und...  
über am 9